

1

Einleitung: Systemtransformation als Theorientest

Helmut Wiesenthal

I

Die Sozialwissenschaften haben die Transformation der sozialistischen Länder von Anfang an als willkommene Herausforderung ihrer diagnostischen und prognostischen Kompetenz betrachtet. Erschien bereits die deutsche Einheit als "sozialer Großversuch" (Giesen/Leggewie 1991) und "natürliches Experiment" (Offe 1991a), so galt das umso mehr für die mit ungünstigeren Bedingungen konfrontierten Transformationsprojekte jenseits von Oder und Neiße. Nicht weniger als 27 Länder der ehemals Zweiten Welt unterzogen sich im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts tiefgreifenden Wandlungen ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems. Selbst wenn man den Blick auf den europäischen Kontinent beschränkt und jene Fälle ausklammert, in denen die Entwicklung nachhaltig von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt zu sein scheint, bleiben noch immer 13 Transformationsländer als lohnende Objekte vergleichender Studien.¹ Sie lohnen eingehende Untersuchungen nicht zuletzt, weil sie im Unterschied zu Ostdeutschland fast ausschließlich auf eigene Ressourcen verwiesen sind, um den historisch beispiellosen Übergangsprozess zu bewältigen. Keines dieser 13 Länder erfährt externe Unterstützung jener Art, wie sie durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik mobilisierbar wurde.² Gleichwohl schweben den Reformeliten dieser Länder dieselben Ziele der Wohlstandsvermehrung und institutionellen Modernisierung vor, wie den Protagonisten der deutschen Einheit. Sozialwissenschaftler kommen folglich nicht daran vorbei, ihr Interesse an den Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftlicher Großformen auf diese nur scheinbar weniger spektakulären Fälle zu richten, da nur diese die wahren Dimensionen des ungewöhnlichen Projekts enthüllen.

Tatsächlich hatten die Sozialwissenschaften bislang keine Gelegenheit, simultane Wandlungsprozesse von ähnlichem Umfang zu studieren wie die – im Begriff der 'Transformation' eher unter Wert gehandelten – Fälle des Systemwechsels. Die bekannten Theorien des sozialen Wandels können zwar auf phänomenologische (Ros-

1 Es handelt sich um Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Russland, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn, Ukraine und Weißrussland.

2 Zur Politischen Ökonomie der Transformation Ostdeutschlands vgl. Wiesenthal (1999a).

tow 1967) bzw. strukturelle Gemeinsamkeiten (Parsons 1964) verschiedener ungleichzeitiger Fälle rekurren oder machen auf komplexe Modernisierungsvoraussetzungen aufmerksam (Etzioni 1968). Aber erst die nahezu gleichzeitigen Umbauprojekte der ehemals sozialistischen Gesellschaften bieten die Möglichkeit, systematisch zwischen länder- bzw. gesellschaftsspezifischen Bedingungen auf der einen Seite und projekt- sowie prozessspezifischen Faktoren auf der anderen zu differenzieren. Auf diese Weise könnte es gelingen, die engen Erkenntnisgrenzen einzelner Fallstudien hinter sich zu lassen.

Mit einem Anflug von Optimismus ließe sich gar die Hoffnung begründen, dass die Wissenschaften von der Gesellschaft und der Politik erstmals in die Lage versetzt werden, einen systematischen Begriff der ‘politischen Möglichkeit’ zu entwickeln. Dieser könnte auf notwendige und hinreichende Bedingungen intendierten Wandels abstellen und die Dimensionen eines Möglichkeitsraumes angeben, in dem Beobachter probabilistische Aussagen über mögliche und unmögliche Prozessausgänge machen können. So würden beispielsweise genauere Unterscheidungen zwischen vorstellbaren, aber unrealisierbaren Zukünften und solchen Zuständen oder ‘möglichen Welten’ erzielbar, die unter bestimmten, vielleicht nur ex post angebbaren Bedingungen, durch intentionales Handeln realisierbar sind.³ Der praktische Nutzen von Erkenntnisgewinnen dieser Art wäre angesichts der gestiegenen Entscheidungslasten moderner Demokratien nicht zu verachten.

In der Transformationsforschung der ersten Dekade fand diese Erkenntnisoption nur wenig Beachtung. Vielmehr wurde die Blüte des neuen Forschungszweigs durchweg von weniger ambitionierten Forschungsperspektiven stimuliert (Wiesenthal 1999c). Am häufigsten vertreten sind *Fallstudien* zum Transformationsschicksal einzelner Länder oder Wirtschaftssektoren. Sie bieten dichte Beschreibungen der phänomenologischen Details sowie der Zeitstruktur und Ergebnisse des Wandels; einige vermitteln auch Einblicke in das Muster von Verursachung und Interdependenz, das in Ermangelung theoretischer Ordnungsvorschläge häufig ‘überdeterminiert’ wirkt. Solche Einzelfallstudien kommen dem nichtwissenschaftlichen (politischen oder ökonomischen) Informationsbedürfnis entgegen, lassen aber im Unklaren, welche der beteiligten Kausalfaktoren dem besonderen Gegenstand, beispielsweise den Werthaltungen der nationalen Elite, zuzuschreiben sind und welche mit generellen Formen und Folgen der Transformation, etwa der Etablierung demokratischer Verfahren, assoziiert sein mögen.

Ebenfalls reichlich repräsentiert waren längere Zeit die als *Kalamitätendiagnose* auftretenden Befunde mangelhafter, verfehlter oder sonst wie als ungünstig gewerteter Transformationsresultate. Einzelne Untersuchungen sind speziellen Transformationsproblemen gewidmet und konzentrieren sich auf die Diskrepanz zwischen offiziellem Optimismus und als ungenügend identifizierten Ergebnissen. Wann immer der Erfolgsmaßstab einer perfekten und nachteilsfreien Systemsubstitution

3 Zum methodologischen Status der Begriffe “politische Möglichkeit” und “mögliche Welten” vgl. Friedrich (1963: Kap. 11) und Elster (1981: Kap. 3) sowie Tetlock/Belkin (1996).

angelegt wurde, ließen sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse ausmachen: Nirgendwo war ein vollständiger und rundum gelungener Systemwechsel zu konstatieren. Zahlreiche Indikatoren von “Transformationskrisen”, “institutionellen Schwächen” und “sozialstrukturellen Verwerfungen” (Müller 1998) belegen vielmehr den Defizitcharakter aller empirischen Transformationen. Sie scheinen es nahe zu legen, die allemal gerechtfertigte Kritik politischer Simplifikationen (z.B. in Gestalt überoptimistischer Reformkonzepte) zur Kritik der Transformationsphänomene selbst auszuweiten.⁴ Dabei lässt die transformationsbezogene Kalamitätenforschung regelmäßig außer Acht, dass Defizite und Performanzmängel auch in konsolidierten Demokratien vorkommen, ohne notwendig der Forderung nach Abschaffung von Demokratie und Markt Nahrung zu geben. Zur Evaluation von Transformationsfolgen bedarf es offensichtlich präziser Kriterien statt einer bloßen Mängelanzeige.

Theoretische Ansprüche signalisieren dagegen einige in den ersten Jahren der Transformationsbeobachtung angestellte Studien, die im Umkreis eines *Komplexitätstheorems* entstanden sind. Im Unterschied zu Fallstudien und Kalamitätsdiagnosen nehmen sie auf einen prominenten Aspekt der postsozialistischen Transformation Bezug, nämlich die historisch einmalige Konvergenz von anspruchsvollen politischen Intentionen und tatsächlichen Resultaten des gesellschaftlichen Wandels. Anders als Untersuchungen, deren Defizitbefund lediglich den soziologischen Gemeinplatz illustriert, dass der Bestand an Handlungsroutinen und normativen wie kognitiven Interaktionsregeln nicht von heute auf morgen veränderbar ist, nimmt das Komplexitätstheorem das politische Projekt des *institutional engineering* beim Wort und konfrontiert es mit wohletablierten theoretischen Einsichten und Hypothesen. Diese verhelfen allerdings nur selten zu einer nüchternen Ergebnisevaluation *ex post*, sondern postulieren regelmäßig *ex ante* das unvermeidliche Scheitern des ambitionierten Projekts.

Die Hypothese des Scheiterns findet prägnanten Ausdruck im Dilemma der Gleichzeitigkeit. Es beschreibt das Problem der zielgerechten Verkoppelung von Maßnahmen der Demokratisierung mit jenen, die zur Etablierung einer Marktwirtschaft notwendig sind. Wenn demokratische Bürgerrechte und marktwirtschaftliche Muster einer ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung zur selben Zeit oder in der Reihenfolge Demokratie–Markt eingeführt werden, sei unvermeidlich mit einer Blockade der Reformen bzw. systematischer Zielverfehlung zu rechnen (Elster 1990; Offe 1991b). Denn das Transformationsprojekt scheine mit einem ‘schweren Ausnahmefehler’ im strategischen Design belastet, der alle Erfolgsaussichten annulliert.

Am Ende eines Jahrzehnts umfangreicher und intensiv beobachteter Transformationen genügt gelegentliche Zeitungslektüre, um sich vom Scheitern der Misserfolgsprognose zu überzeugen. Gewiss sind die Transformationsländer mit einer Fülle von erwarteten und unerwarteten Problemen geschlagen. Doch steht

4 Wenn beispielsweise die “zerrissenen Netze” (Albach 1993) der Unternehmenskoordination in Ostdeutschland beklagt werden, scheint es angebracht, auch einen Blick auf anderenorts (z.B. in der russischen Industrie) intakt gebliebene Netzwerke zu werfen und deren nicht durchweg innovations- und effizienzförderliche Leistungen zu würdigen.

außer Frage, dass ein Großteil der vollzogenen bzw. in Gang gesetzten Wandlungsprozesse Resultate zeitigt, die den politischen Intentionen durchaus entsprechen. Von einem generellen Scheitern aller einschlägigen Bemühungen kann keine Rede sein. Vielmehr erfolgte die *dual transition* zu Demokratie und Marktwirtschaft in einer Weise, die es erlaubt, die Ziele in den Ergebnissen wiederzuerkennen. Das bedeutet: Zum einen umfasste die Situation der Transformationsländer *günstige Gelegenheiten* zu tiefgreifenden intentionalen Veränderungen. Zum anderen waren die Akteure nicht systematisch gehindert, gleichermaßen weitreichende wie situativ *angemessene Entscheidungen* zu treffen.

Diese Beobachtung ist nicht nur für die Transformationsländer selbst von Bedeutung. Sie indiziert vielmehr erhebliche, aber noch nicht ansatzweise ausgeschöpfte Erkenntnisgewinne. Lassen sich doch die den skeptischen Prognosen zugrunde liegenden Annahmen überprüfen, um entweder wichtigen Besonderheiten der Transformation auf die Spur zu kommen oder den tatsächlichen Möglichkeitsraum einer intentional gesteuerten Umgestaltung staatlich-administrativer und gesellschaftlicher Institutionen aufzuklären. Dafür ist es allerdings erforderlich, zentrale Aspekte der Transformationsproblematik in höher generalisierbare und insofern theoriefähige Sachverhalte zu übersetzen, die sich für einen systematischen Vergleich zwischen Aussagen der Theorie und Ausprägungen der Wirklichkeit eignen. Wenn es gelingt, empirische Transformationsphänomene hypothesengeleiteten Tests zu unterziehen, dürfte die Transformationsforschung auch theoretischen Ertrag haben. Diese Überlegung lag dem Forschungsprojekt 'Preemptive Institutionenbildung' zugrunde.

Eine zentrale Ausgangsfrage der empirischen Forschung betraf die tatsächliche Relevanz der prognostizierten Transformationsprobleme, wie sie v.a. in der ersten Hälfte der 90er Jahre artikuliert wurden. Sie werden im restlichen Teil dieses Beitrags diskutiert. Zunächst kommen wichtige Bezugspunkte einer skeptischen *Innenansicht* der Transformationsproblematik zur Sprache: das Komplexitäts- und tempobedingte Erfolgsrisiko der Transition vom Sozialismus (Teil II), die Strategiekontroverse zwischen 'Gradualisten' und 'Schock'-Befürwortern (Teil III) sowie das Gleichzeitigkeitsdilemma, aber auch einige transformationsförderliche Faktoren (Teil IV). Anschließend werden die der ebenfalls skeptischen *Außenansicht* zugrundeliegenden Vermutungen und insbesondere das 'Unmöglichkeitstheorem holistischer Reform' (Teil V) sowie die These der zwangsläufigen Pfadabhängigkeit der Resultate (Teil VI) thematisiert. So bilden die skeptischen Erwartungen einen kontrastreichen Hintergrund für das Forschungsprojekt, von dessen Ergebnissen die anschließenden Kapitel berichten (Teil VII).

II

Der Systemwechsel vom Sozialismus zum Kapitalismus wurde von keiner der bekannten Modernisierungs-, Gesellschafts- oder Transformationstheorien vorgedacht oder auch nur als Problem markiert. Dennoch weist der postsozialistische Totalumbau gesellschaftlicher Institutionen alle Elemente auf, die dem im 19. Jahrhundert

entstandenen Bild einer 'revolutionären' Fortentwicklung eigen sind. Mehr noch, Anspruch und Umfang des Systemwechsels zu Demokratie und Marktwirtschaft gehen deutlich über das Komplexitätsniveau des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hinaus, wie er in der Marx'schen Geschichtsphilosophie konzipiert ist. Darin war unterstellt, dass zu gegebener Zeit nicht bloß die Voraussetzungen für die *Aufhebung* der alten Ordnung, sondern auch zentrale *Funktionsbedingungen* einer alternativen neuen Ordnung 'herangereift' seien. Vor dem Hintergrund dieser Annahme erscheint die Ablösung des Sozialismus durch Demokratie und Marktwirtschaft in besonders hellem Licht. Sie findet offensichtlich unter der wesentlich ungünstigeren Bedingung einer *Erschöpfung* der Leistungs- und Entwicklungspotenziale der 'alten' Gesellschaft statt. Positive Voraussetzungen einer 'höheren' Ordnung auszuweisen, ist bisher noch keinem Transformationsbeobachter in den Sinn gekommen.

Diesem Sachverhalt korrespondieren Hinweise auf die besondere Schwierigkeit der aktuellen Transformationsaufgaben. Denn letztere entsprechen – aus der Perspektive marxistischer Geschichtstheorie betrachtet – eher einem Dezisionismus Lenin'scher Prägung als dem in seinem Kern modernisierungstheoretischen Ansatz von Karl Marx. Noch weniger als die Durchsetzung des Sozialismus ist die Transition vom autoritären Sozialismus zum demokratischen Kapitalismus ein evolutionärer Prozess, sondern vielmehr ein genuin politisches und in vielen Teilen 'revolutionäres' Projekt. Seine einzelnen Schritte bedürfen der Planung und kontextbedachten 'Steuerung'. Beim Versuch, *die Komplexität* des Vorhabens zu umreißen, stößt man rasch auf eklatante Voraussetzungsdefizite und einen gravierenden Mangel an materiellen und ideellen Ressourcen. Der Umgang mit diesem Problem wird durch den engen Zeitrahmen erschwert, in dem sich die Erfolgserwartungen bewegen. Verschiedene Indikatoren einer Überforderung der Transformationsakteure bestätigen das Missverhältnis zwischen Anspruch und Voraussetzungen. Im Einzelnen lassen sich vier *basale* Risiken ausmachen.

(1) Die *Aufgabenkomplexität* der Transformation ist enorm und mit dem Dilemma der Gleichzeitigkeit nur unzureichend charakterisiert. Denn die Regierungen vieler Länder sahen sich nach der Auflösung des sowjetischen Machtbereichs auch mit der Aufgabe einer (Re-)Konstruktion nationalstaatlicher Identität, und sei es nur des Verhältnisses zwischen Titularnation und ethnischen Minderheiten, konfrontiert.⁵ Gleichzeitig war der politische Prozess durch eine Fülle von neuartigen Themen und Entscheidungsgesichtspunkten belastet. Das gilt z.B. für die schlagartige Relevanz der Sozialpolitik, welche die Wirtschaftstransformation durch ein reformiertes Netz sozialer Sicherungen zu flankieren hat,⁶ sowie die Restitutions- und Lustrationspolitiken (Offe 1992), die regelmäßig einen Konflikt zwischen den Gerechtigkeitsvorstellungen der Reformer und dem Stabilitätsbedarf der neuen Ordnung heraufbeschwören. Nicht zu vergessen sind einige völlig neue politische Aufgaben, wie die der Umweltpolitik (Esty 1997) und der Orientierung an der zuneh-

5 Vgl. von Beyme (1994: Kap. 4), Offe (1994: Kap. 7) und Elster et al. (1998: 17ff., 254ff.).

6 Vgl. Graham (1997) und Götting (1998).

menden Weltmarktintegration der Volkswirtschaften (Desai 1997). Letztere nötigte nicht nur zur Durchsetzung von *hard budget constraints* des Wirtschaftens, sondern auch zur Einsicht in die Notwendigkeit, populäre sozialpolitische Schonräume preisgeben zu müssen.

Die hohe Aufgabenkomplexität manifestiert sich auch in Problemen der Institutionenpolitik. Hier werden vier *spezifische* Risiken ausgemacht. (1) Das *Risiko mangelnder Voraussetzungsadäquanz* manifestiert sich (i) in den institutionellen und insbesondere *Rechtsdefiziten* der Transformationsstaaten (Roggemann 1998). Diese bestehen in einem unscharfen Eigentumsbegriff und unzulänglichen Eigentumsrechten, was den Übergang von Staatswirtschaft und Staatseigentum zu Marktwirtschaft und Privateigentum erschwert, in Geltungs- und Vollzugsmängeln der Reformgesetze, in der Abwesenheit eines funktionsfähigen Rechtsschutzes durch unabhängige Gerichte und rechtstreue Polizeibehörden, im Mangel an Selbstverwaltungserfahrung und fachlicher Qualifikation des Justizpersonals sowie in der Entstehung einer Schattenrechtsordnung der nichtstaatlichen, privaten und kriminellen Selbsthilfe bei gleichzeitiger Ausbreitung von Korruptionspraktiken in den Institutionen des Staates und der Wirtschaft.

(ii) In analoger Weise wird ein *kulturelles Voraussetzungsdefizit der neuen Institutionen* beobachtet. Ausgangsannahme ist, dass die Kerninstitutionen der Marktwirtschaft und der Wettbewerbsdemokratie auf Kompetenzen und Werten aufbauen, an denen es den Transformationsgesellschaften mangelt. Ihre Entstehung zählt nicht zu den Triebkräften, sondern den Zielen der Reform. Welche Tugenden für das Funktionieren einer lebendigen Bürgergesellschaft und ein fruchtbares Verhältnis zwischen den Sphären des Privaten und des Öffentlichen vonnöten sind, hat u.a. Putnam (1993) dargelegt. Demgegenüber erkennen Studien zur politischen Kultur des Postsozialismus eine zivilgesellschaftliche ‘Unterausstattung’, wenn nicht gar ‘Inkompetenz’ (Sztompka 1993). Wurde doch das politische Personal durchweg im alten System erzogen und ist, anders als in Ostdeutschland, nicht durch ‘Westimporte’ ersetzbar (Best/Becker 1997). Aufgrund des Mangels an *civic traditions* haben politische Überzeugungen ‘sozialistischer’ oder sogar ‘leninistischer’ Natur ihren früheren Kurswert nur teilweise verloren.⁷ Oft speisen sie weiterhin unrealistische Erwartungen (Melich 1997) und behindern ein realitätsgerechtes Verständnis der Reformpolitik.

(iii) Schließlich gilt es, das *Informations- und Wissensdefizit* der Transformationspolitik festzuhalten. Es betrifft einerseits den Mangel an zuverlässigen Daten über den Status quo der Transformationsgesellschaft.⁸ Andererseits mangelte es selbst den elaboriertesten *blueprints* der Transformation an prognosetauglichen Kausaltheorien. Was wirklich der Fall bzw. zuverlässig ‘machbar’ ist, ließ sich nur selten systematisch begründen. Zur Charakterisierung einer derart misslichen Situa-

7 Zum sog. *Legacy-Problem* vgl. außerdem Ekiert (1992, 1999), Geddes (1995) und Comisso (1997b).

8 Das ist v.a. der eigentümlichen Selbstignoranz des Sozialismus geschuldet und der Neigung von Amtsträgern, ihre Position durch unrichtige Erfolgsmeldungen abzusichern.

tion besaßen folglich eine konservative politische Philosophie und die evolutorische Ökonomik die besten Karten (Murrell 1993).

(2) Der politisch inszenierte Institutionenwandel unterliegt einem *Dezisionismusrisiko*. Da gesellschaftliche Institutionen nicht nur eine regulative, das soziale Verhalten sanktionierende, sondern auch eine axiologische, bestimmten sozialen Werthaltungen korrespondierende Funktion besitzen, kranken administrative Verfahren des Institutionenwandels am Problem der "Hyperrationalität" (Offe 1995). Normen, die offensichtlich das Resultat dezisionistischer Setzung sind, werden den Schein des willkürlich Konstruierten nur schwer wieder los. Ihre erkennbare Kontingenz regt dazu an, sowohl den funktionalen Sinn als auch die Legitimität des Setzungsaktes in Frage zu stellen. Zu dem Risiko, dass Adressaten den Eindruck gewinnen, 'das hätte man alles auch anders und besser regeln können', kommt die Entwertung der symbolischen Dimension der Institutionengeltung (vgl. Göhler 1997). Während die Symbole der obsolet gewordenen Institutionen ihren Orientierungswert verloren haben, müssen die an ihre Stelle gesetzten neuen Institutionen vorerst der geltungsförderlichen Verbindung mit anerkannten Symbolen entraten. Das Dezisionismusrisiko lässt folglich eine Phase überwiegender De- bzw. Unterinstitutionalisierung, d.h. ein relativ niedriges Niveau gesellschaftlicher Koordination erwarten. Das begrenzt auch den Umfang des Machbaren: Je mehr mit einem Schlag verbindlich zu verändern beansprucht wird, desto bescheidener fällt u.U. das Ergebnis aus. Oder: Je mehr Änderungen die Reformpolitik glaubt dekretieren zu können, mit umso weniger Akzeptanz darf sie rechnen.

(3) Des Weiteren besteht ein *Risiko der Mitteladäquanz* aufgrund des historischen Charakters vieler zum Vorbild erkorener Institutionen. So ist es eine recht mutige Abstraktion anzunehmen, die erstrebte funktionsfähige institutionelle Ordnung könne allein das Resultat des Kopierens 'fremder' historischer Vorbilder sein. Immerhin werden die in Westeuropa und Nordamerika etablierten Institutionen einer Reihe von Effektivitäts- und Rationalitätsmängeln bezichtigt, seit sie nur noch in eingeschränktem Maße als 'Lösungen' für aktuelle Probleme betrachtet werden. Das hat zwei Konsequenzen. Zum einen lassen sich die zentralen und funktional unverzichtbaren Charakteristika der Vorbildinstitutionen nicht mehr ohne weiteres identifizieren. Zum anderen könnte es sein, dass neu installierte Institutionen gerade dann Funktionsmängel aufweisen, wenn sie das Ergebnis einer originalgetreuen Übertragung sind. Unterscheiden sich doch die akuten Probleme der Transformationsländer beträchtlich von jenen, zu deren Bearbeitung vor 150, 100 oder 50 Jahren Rechtssysteme und Sozialinstitutionen 'erfunden' wurden. Repräsentative Demokratie und allgemeines Wahlrecht, Gewaltenteilung und Mehrheitsregel, beitragsbezogene Sozialversicherungen und überbetriebliche Tarifverträge sind zwar historisch erfolgreiche und insofern immer noch beeindruckende Einrichtungen, aber keine Antwort auf die Plagen der postsozialistischen Gesellschaft: die Populismusversuchung des demokratischen Wettbewerbs, den grassierenden Nationalismus, Korruption und paternalistisches Staatsverständnis oder den Mangel an Unternehmertum und 'sozialem Kapital'. Wird den Reformländern zugemutet, die Tagesordnung der

Institutionenpolitik früherer Zeiten abzuarbeiten, so wundert es nicht, wenn “everything somehow seems a bit out of focus” (Pusic 1993: 9).

(4) Schließlich ist noch das *Risiko der Ko-Innovation* von Institutionen auszumachen, das sich der Knappheit sozialer Ressourcen verdankt. Ein Beispiel liefern die Assoziationsprozesse im Parteiensystem und im Bereich der verbandlichen Interessenorganisation. Die beiden ungefähr gleichzeitig ablaufenden Prozesse weisen extrem ungleiche Startvoraussetzungen und Ergebnisse auf. Im Wettlauf um Organisationsressourcen und Einflusspositionen zeigt sich das Parteiensystem stets dem Verbändesystem überlegen (Wiesenthal 1996, 1999b). Parteien profitieren von der hohen Aufmerksamkeit für Wahlen sowie von ihrer *Gatekeeper*-Funktion für öffentliche Ämter. Gleichzeitig bleiben die Medien der parlamentarischen Repräsentation von Attraktivitäts- und Beteiligungsmängeln unbehelligt, da es sich bei den Wahlen um einen Wettbewerb unter der Nullsummenregel handelt: Unabhängig von der Zahl und dem Organisationsgrad der Parteien, unabhängig von der Art ihrer Differenzierungslinien und unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung führen Wahlen stets zu einem vollständig besetzten Parlament.

Trotz gleicher legaler Startchancen hinkt also der Aufbau von Wirtschafts- und Berufsverbänden der Parteienentwicklung erheblich hinterher. Er bleibt mit Kollektivgutproblemen belastet, die nur unter Inkaufnahme von Zielverschiebungen (durch Ausweichen auf selektive Anreize) beherrschbar ist. Weil das Verbändesystem weder von *pulls* wie die Parteien noch von den *pushes* selbstbewusster Partikularinteressen profitiert, ist es vergleichsweise schwach und wenig repräsentativ. So bestehen nur bescheidene Möglichkeiten zur Delegation staatlicher Aufgaben an nichtstaatliche Akteure.

III

Die hier skizzierten Grundrisiken der Transformation drückten sich in der Konfrontation der strategischen Alternativen *Gradualismus* und *Schocktherapie* aus. Mit Letzterer ist das Vorhaben bezeichnet, alle weichenstellenden Maßnahmen frühzeitig und möglichst auf einen Schlag vorzunehmen. Angesichts eines unvermeidlichen Produktionseinbruchs und Inflationsanstiegs versprach die Schockbehandlung den raschesten und kürzesten Pfad durch das “Tal der Tränen” (Sachs 1991). Demgegenüber wurde die Alternative eines schrittweisen Vorgehens mit geringeren sozialen Nachteilen und einem “law of diminishing marginal productivity of change” (Murrell 1993: 222) begründet. Je mehr die Akteure innerhalb der undurchsichtigen Gegenwartsverhältnisse mit einem Schlag zu verändern trachteten, desto weniger würden sie letztlich erreichen.

Offensichtlich waren beide Strategien mit hoher Unsicherheit belastet. Der radikalen Vorgehensweise mangelte es an Informationen über den Umfang und die Tragbarkeit der anfallenden sozialen Kosten. Graduell implementierte Reformen waren durch Verzögerung oder Abbruch notwendiger Reformschritte gefährdet. Insbesondere der Gradualismus postulierte hohe Ansprüche an die Selbstkon-

trollfähigkeit der Reformer, mussten sie doch eine glaubwürdige Selbstverpflichtung auf den langfristigen Kurs zielführenden Handelns demonstrieren (Diermeier et al. 1997: 25). Gradualismus und Schocktherapie zeichnen sich außerdem durch unterschiedliche Annahmen über die Wiederwahlchancen der Reformregierung aus. Vertreter der Schocktherapie unterstellen exogene *constraints* des Regierungshandels, insofern als sie annehmen, dass ihr Reformprogramm auch Nachfolgeregierungen bindet. Gradualisten rechnen dagegen mit der Dominanz endogener *constraints*, welche die Wähler hindern würden, ungeduldig zu werden und die Befürworter des zeitlich gestreckten Reformprogramms abzuwählen (Roland 1997: 185).

Die Frage nach einer erfolgssicheren Strategie betrifft nicht nur die optimale Komposition und Geschwindigkeit des Reformprogramms, sondern auch *die Adaptions- bzw. 'Lernkapazität' der Gesellschaft*. Angesichts des tiefgreifenden Institutionenumbaus ist die Anpassungsfähigkeit der Adressaten nicht als unbegrenzt zu veranschlagen. Die 'Lernfähigkeit' der Akteure gilt nicht nur als durch unpassende, z.B. 'sozialistische' Traditionen, gemindert, sondern als generell unzureichend im Vergleich mit den exzeptionellen Ansprüchen, die das Transformationsprojekt stellt. Anhaltspunkt für eine drohende Überforderung sind Erfahrungen in konsolidierten Demokratien, wo allenfalls kleine Portionen an institutioneller Innovation möglich sind und anspruchsvollere Reformprojekte regelmäßig der institutionellen Trägheit von Bürokratien, den *vested interests* der Betroffenen oder dem Parteienwettbewerb zum Opfer fallen. Die unzureichende gesellschaftliche Adaptionbereitschaft kann allenfalls durch überdurchschnittliche Machtressourcen der Reformregierung kompensiert werden. Weil autoritäre Regime oft größere Geschlossenheit aufweisen und wenig Skrupel haben, Oppositionskräfte zu entmutigen und Widerspruch zu parieren, wird ihnen für bestimmte Phasen des Reformprozesses mehr Handlungsfähigkeit als demokratisch-pluralistischen Regierungen zugeschrieben. Aus demselben Grund werden überlegen präsidentielle bzw. semi-präsidentielle Regierungssysteme für durchsetzungsfähiger gehalten als parlamentarische. Als positive Folge der höheren Machtkonzentration werden mehr Konsistenz im Maßnahmenbündel, ein höheres Reformtempo und raschere Erfolge erwartet (vgl. Holmes 1995).⁹

IV

Einige der angeführten Problemfaktoren münden in das *Dilemma der Gleichzeitigkeit*. Diesem Sachverhalt, der auch als *problem of dual transition* oder *transitional incompatibility* bezeichnet wird, liegt eine unglückliche Interaktion von ökonomischen und politischen Prozessen zugrunde. Wenn die Demokratisierung zur Ausweitung politischer Partizipation führt, werden sich die Kostenträger der Reformen

⁹ Kritiker des strategischen Autoritarismus machen darauf aufmerksam, dass demokratisch-parlamentarische Systeme ebenso gut zur Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen im Stande sind, wenn die maßgebenden Akteure einen gemeinsamen politischen Willen ausbilden konnten (Geddes 1995).

organisieren und einen Stopp der sie benachteiligenden Maßnahmen zu bewirken versuchen. Je schmerzhafter die Reformkosten empfunden werden und je größer die Responsivität, d.h. die demokratische Offenheit des politischen Systems, desto sicherer droht eine Vertagung oder Unterlassung von unverzichtbaren Elementen des Reformprogramms. Dadurch ist insbesondere das Programm der ökonomischen Stabilisierung gefährdet, das als Folge der notwendigen Ausgaben- und Kreditbeschränkungen oft zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten führt.

Die dem Dilemma-Theorem zugrunde liegenden Annahmen besitzen historische Evidenz. Während es in den konsolidierten Demokratien Westeuropas erst *nach* der Durchsetzung von Arbeitsmarkt und Lohnarbeiterstatus zur Universalisierung demokratischer Partizipationsrechte kam, ist im Programm der Transformationsakteure unausgesprochen unterstellt, die 'Vermarktlichung' der Wirtschaftsweise und die 'Proletarisierung' der Bevölkerung könnten als Ergebnisse demokratischer *social choices* zustande kommen.

Das Problem der dualen Transition verleiht dem Transformationsprojekt einzigartigen Charakter. Einerseits ist die Einführung der *Marktwirtschaft* aufgrund des Wegfalls der Entscheidungsmacht und -zuständigkeit des sozialistischen Staates zwingend erforderlich, d.h. keineswegs bloß der Vorliebe für neoliberales Gedankengut geschuldet (Rostowski 1998: 14). Aufgrund des systematischen Rationalitätsdefizits kollektiver Entscheidungen (Stichwort *Social Choice*-Problematik) wäre der Funktionsausfall der staatlich-sozialistischen Wirtschaftssteuerung nur um den Preis beträchtlicher Ineffizienz durch einen Kompetenzübergang an andere politische Akteure kompensierbar. Der Verzicht auf einen direkten Weg in die Marktwirtschaft wäre mit beträchtlichen Risiken und Kosten verbunden.

Andererseits besitzen bestimmte Komponenten der Marktwirtschaft wie Arbeitsmarkt und Privatunternehmertum ausgesprochen diskriminierenden Charakter. Sie lassen sich nur anhand erhoffter Effekte, nämlich als Voraussetzungen volkswirtschaftlicher Prosperität, rechtfertigen. Die Überwindung der problematischen Ausgangsbedingungen der Wirtschaft – sie werden als unterentwickelte und demonetariserte Austauschbeziehungen, Abwesenheit von Kapitalmärkten, Insider-Dominanz in der Unternehmenssteuerung, Privilegierung der Schuldner gegenüber den Gläubigern sowie Negativbilanzen der Unternehmen und Gebietskörperschaften beschrieben (Nuti 1999: 157) – ist also nur durch Inkaufnahme alternativer 'Übel' möglich. Da die soziale Ungleichheit, die mit dem Zug in die kompetitive Privatwirtschaft zunimmt, alles andere als populär ist, muss die Transformationspolitik mit einem 'demokratischen Veto' und der Möglichkeit der Zielverfehlung rechnen. Letzteres macht sich entweder – in 'radikaler' Sicht – als Inkonsistenz der Stabilisierungspolitik (Stone 1999) bemerkbar oder – in 'gradualistischer' Perspektive – als Destabilisierung infolge unkompensierter sozialer Kosten.

An dieser Stelle geraten zwei Konsequenzen in den Blick. Zum einen dürfte der Erfolg des Reformprogramms an eine tragbare Verteilung seiner Kosten und Gewinne gebunden sein, zum zweiten besteht offenbar die Notwendigkeit, Reaktionen der potenziell betroffenen Gruppen zu berücksichtigen. Fallen die Reformkosten frühzeitig und konzentriert an (z.B. zu Lasten der Beschäftigten der Staatsunterneh-

men), während die Gewinne erst spät und breiter verteilt auftreten, sind Protesthandlungen der Reformopfer besonders wahrscheinlich. Denn konzentrierte Kosten und exklusive Betroffenheit stellen Bedingungen dar, unter denen kollektives Handeln prinzipiell möglich und lohnend ist. Demgegenüber besitzt die Vielzahl 'späterer' Gewinner kaum einen Anreiz, sich zwecks Verteidigung der Reformen zu organisieren. Dagegen haben die von der "Logik des kollektiven Handelns" (Olson 1968) begünstigten Opfer die Chance, Zugeständnisse für die Duldung der Reformpolitik zu erlangen. Gut organisierte Sonderinteressen können also u.U. 'mehr' für sich herausholen, als ihrem Anteil am Transformationsgewinn entspricht.¹⁰

Zur Blockade der Reformpolitik bedarf es noch nicht einmal besonderer Interessenorganisation. Der demokratische Parteienwettbewerb selbst bietet schon die Möglichkeit zur risikolosen Bekundung von Widerspruch. Denn noch weniger als die Reformpolitiker sind die Wähler genötigt, konsistent und nach Maßgabe 'rationaler' Präferenzen zu handeln. So mag sich der einzelne Bürger (wie auch eine Mehrheit der Wähler) *für* weitreichende Reformen und gleichzeitig *gegen* die mit ihnen verbundenen Nachteile aussprechen, d.h. solche Parteien unterstützen, die die geringsten Skrupel haben, einen 'kostenlosen' Übergang in eine bessere Zukunft zu versprechen. Folglich haben Reformprogramme mit einer dezidierten Opfer- bzw. Investitionskomponente von vornherein schlechte Realisierungschancen.¹¹

Reformpolitiker, die ihr (Wiederwahl-)Schicksal an Reformerfolge geknüpft sehen, können aber dem Verlangen einzelner Interessentengruppen nicht unbegrenzt nachgeben. Der Tendenz zum makroökonomischen Opportunismus sind Grenzen in Gestalt der von der Mehrheit hingenommenen Kosten gezogen. Weil letztere unabweisbar der Regierung zugeschrieben werden, muss diese ihre u.U. als 'Tunnelstrategie' gewählte Nachgiebigkeit durch eine härtere Gangart ersetzen. *The populist threat* und Opportunismus auf Seiten der Reformer lassen nicht unbedingt auf eine Preisgabe der ursprünglichen Reformziele schließen, wohl aber auf wechselnde politische Konjunkturen. Diese mögen die Transformationspolitik derselben Logik eines "political business cycle" (Alesina et al. 1993) unterwerfen wie die Reformzyklen in konsolidierten Demokratien (Stone 1999). Ob unter solchen Bedingungen noch weitreichende und nach Konsistenzgesichtspunkten ausgewählte Ziel erreichbar sind, ist zweifelhaft.

Allerdings beschreibt der Katalog der Transformationsprobleme nicht die ganze Wirklichkeit. Neben den beschriebenen Hindernissen tiefgreifender Reformen sind auch einige *transformationsförderliche Bedingungen* zu erkennen: (1) die Abwesenheit eines prägnanten sozioökonomischen *cleavage*, an dem sich eine Polarisierung zwischen Reformbefürwortern und -gegnern entwickeln könnte; (2) ein große Teile der Eliten und der Bevölkerung einender Konsens über die Notwendigkeit der

10 Vgl. Armijo et al. (1995: 228, 234) und Comisso (1997a).

11 Tatsächlich schien die Bevölkerung nur in den ersten Jahren bereit, die 'negativen' Freiheiten der Demokratie – v.a. die Menschen- und Bürgerrechte – als hinreichende Entschädigung für den Verlust der 'positiven' Freiheiten des Sozialismus – v.a. gesicherte Mindestexistenzbedingungen und leistungsunabhängige Einkommen – zu betrachten (Bauman 1994).

Transformation, welcher allerdings nicht selten auf dem Mythos beruhte, die Einführung der Demokratie sei der Schlüssel zu baldigem Wohlstand; (3) die Bereitschaft, korporatistische Institutionen zur Prävention von Konflikten, d.h. in "preemptiver" Funktion (vgl. Wiesenthal 1997), einzusetzen.

Eine bedeutsame Rolle spielen ferner *externe Akteure*, insbesondere, wenn ihre Ziele mit den Eigeninteressen und reformpolitischen Ambitionen der Regierungen harmonierten. Gemeinsam mit dem globalökonomischen Kontext bilden sie eine transformationsförderliche Umwelt, der sich die Reformpolitik im Eigeninteresse anzupassen pflegte (Anders 1999). Zu nennen ist der Internationale Währungsfonds (IMF), der das Interesse der führenden Industrienationen am Gelingen der Transformation repräsentiert, nachdem sich die für Projektfinanzierungen zuständige Weltbank zurückgezogen hat.¹² Insbesondere in Ländern, die bereits einen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt besaßen, gewannen die Gutachten und Konditionalprogramme des IMF erhebliche Bedeutung. Sie lieferten die Zielwerte der makroökonomischen Stabilisierung (speziell für die Bekämpfung der Inflation) und besaßen eine Hebelwirkung auf die private Investitionsbereitschaft. Lediglich in Russland, wo der IMF zögerte, Sanktionen zur Durchsetzung seiner Kreditbedingungen zu ergreifen, blieb diese Transformationshilfe ohne größere Wirkung. Neben internationalen Finanzinstitutionen, wie der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), erlangte die Europäische Union (EU) Bedeutung als externer Akteur. Die Option des EU-Beitritts erhob die ökonomischen und politischen Mitgliedschaftsvoraussetzungen in den Rang von expliziten Transformationszielen, ohne damit die einzelnen Länder auf einen einheitlichen Anpassungsweg zu verweisen (Beyer 1999). Dennoch konvergieren die transformationsförderlichen Faktoren nicht in einem Kranz hinreichender Erfolgsbedingungen. Sie können das hohe Komplexitätsniveau des Projektes nur geringfügig reduzieren.

V

Die Außenansicht der Transformationsproblematik wird nicht allein durch empirische Informationen begründet, sondern beruht vor allem auf theoretischen Annahmen sowie in den Sozial- und Politikwissenschaften verbreiteten Überzeugungen. Bekanntlich waren die Sozialwissenschaften auf den plötzlichen Kollaps der sozialistischen Gesellschaften ebenso wenig vorbereitet wie die EU, die NATO oder die Regierungen der G7. Gleichwohl erschienen die unerwarteten Ereignisse als günstige Gelegenheit, das Arsenal der fachspezifischen Konzepte und Theorien zur Anwendung zu bringen.

In den ersten Jahren der Transformation artikuliert sich nur wenig Interesse an systematischen Erklärungen. Wer sich in der Lage fühlte, die unerwarteten Ereignisse zu kommentieren, wurde mit anderen Fragen konfrontiert als der nach Kausaler-

¹² Vgl. Brada et al. (1995) und mehrere Beiträge in Rode (1998).

klärungen der wenig transparenten Vorgänge. Im Vordergrund standen Beschreibungen der laufenden Ereignisse, Mutmaßungen über ihren Ausgang und die Exploration der gegebenen Alternativen. Angesichts einer Vielzahl von Simplifikationen und überoptimistischen Transformationsszenarien hatten sich Soziologie und Politikwissenschaft sehr bald auf die Rolle des kritischen Beobachters und verantwortungsbewussten Warners spezialisiert. Undenkbar, dass Sozialwissenschaftler positive Strategien der Transition entwickelt und etwas Vergleichbares zu "My Plan for Poland" (Sachs 1989) vorgelegt hätten.

Deutlich anders reagierte der *mainstream* der Wirtschaftswissenschaften. Zwischen ihnen und den sozialwissenschaftlichen Disziplinen hatte ein bemerkenswerter Perspektiventausch gegenüber der Systemtransformation stattgefunden. Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Soziologie und die soziologisch informierte Politikwissenschaft von einem Interesse an der Erklärung des sozialen Wandels getragen. Sie hatten spezielle Diskontinuitätstheorien evolutionistischer, funktionalistischer, klassen- und systemtheoretischer Provenienz entwickelt und wechselseitiger Kritik unterzogen. In der Hochzeit des akademischen Neomarxismus der 60er und frühen 70er Jahre erschienen die Disziplinen manchen Beobachtern als Heimat einer dezidierten 'Revolutionswissenschaft'. Systemkrisen und Strategien des intentionalen Wandels moderner Gesellschaften waren bevorzugte Gegenstände wissenschaftlicher Reflexion und soziologischer Aufklärung. Demgegenüber wirkten die Wirtschaftswissenschaften lange Zeit ausgesprochen konservativ. Ihr Zugang zur Wirklichkeit – auch jener der sozialistischen Welt – schien in vieler Hinsicht beschränkt, da ausschließlich der Frage nach der Effizienz und Funktionalität von Institutionen verpflichtet.

In der Konfrontation mit dem Realprojekt der Transition vom Sozialismus überraschte die Wirtschaftswissenschaft nicht nur durch einen optimistisch-konstruktiven Zugriff auf Wirklichkeit, sondern besetzte selbstbewusst die Rolle eines Systemarchitekten. Während Soziologen und das Gros der Politikwissenschaftler es sich auf der Beobachtungsplattform der Transformationskritik gemütlich machten, begaben sich Ökonomen ans Reißbrett und wirkten als Transformationsplaner oder *change agents*.

Aus dem Lager der Sozialwissenschaften wurde die strategische Transformationsplanung mit betont kritischen Stellungnahmen bedacht. Man sprach sich selbst die kognitive und moralische Qualifikation für eine aktive Rolle ab und plädierte stattdessen dafür, der Eigendynamik und den spontanen Hervorbringungen des Wandels Raum zu geben.¹³ Mag diese Position in einzelnen Fällen auch von naiven Annahmen über die Möglichkeit eines harmonischen, risikofreien und kostenlosen Systemwechsels getragen gewesen sein, die skeptische Haltung der Sozialwissenschaften folgte im Wesentlichen Erkenntnissen, die in der Disziplin als *state of the art* galten und gelten.

Das Bild einer gelingenden Systemtransformation widerspricht allem, was in Soziologie und Politikwissenschaften als axiomatisches Basiswissen über die Möglich-

13 Vgl. die Beiträge von Andreas Pickel in Pickel/Wiesenthal (1997).

keit umfassender Gesellschaftsreformen behandelt wird. Bis 1990 existierte kein anderes Kontrafaktum – vielleicht außer der Einigung auf eine Weltregierung oder der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise –, das als weniger ‘machbar’ und wissenschaftlich weniger solide galt als das Projekt eines politisch gesteuerten Umbaus von Gegenwartsgesellschaften. Diese Auffassung gründet sich nicht zuletzt auf das Scheitern des Sozialismusentwurfs und die im Nachhinein erlangten Informationen über die sozialen Leiden im Gefolge der Kollektivierung osteuropäischer Gesellschaften.

Die historische Erfahrung konvergiert mit einer Reihe theoretischer Einsichten, die im Zuge der Popularisierung der soziologischen Systemtheorie Gemeingut wurden. Sie lassen sich als *Paradigma der Unmöglichkeit holistischer Reformen* beschreiben (Wiesenthal 1999c). Seine erkenntnistheoretischen Grundlagen waren bereits in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts komplett. Die empirischen Referenzen der prinzipiellen Reformskepsis genießen seit Ende der 70er Jahre breite Anerkennung und inspirierten die – nicht zuletzt von theoretischen Passionen beförderte – Überzeugung von der besonderen Riskanz und Fruchtlosigkeit gesellschaftspolitischer Ambitionen. Konvergierende Einsichten in die Unmöglichkeit holistischer Reformen entstanden im Schnittfeld der Befunde von Politikanalysen (z.B. Lindblom 1959), der Entscheidungsforschung in öffentlichen Institutionen (z.B. March/Olsen 1976), der Implementationsforschung zu Regierungsprogrammen (z.B. Pressman/Wildavsky 1979) und der Diskussion über die Grenzen der Regierbarkeit moderner Demokratien (z.B. Crozier et al. 1975; Hennis et al. 1977). Der erkenntnis- und sozialtheoretische Rahmen des Unmöglichkeitstheorems ist durch den kritischen Rationalismus Karl Poppers (Popper 1972) und die soziologische Systemtheorie (Luhmann 1981, 1989) abgesteckt.

Der axiomatische Charakter der Theorien, welche das Unmöglichkeitstheorem zu einem impliziten Quasi-Paradigma machen, findet Ausdruck in so bekannten Floskeln wie “the science of muddling through” (Lindblom 1959), dem “garbage can model of decision-making” (Cohen et al. 1972), der Alternativlosigkeit von “piecemeal technologies” (Popper 1972), der “Utopie der Nulloption” (Offe 1986) und der “Tragik der toten Hände” (Luhmann 1989). Dass es sich um mehr als saloppe Formulierungen handelt, macht ein Blick auf ihren erlesenen (erkenntnis-)theoretischen Hintergrund deutlich. Die prinzipielle Skepsis gegenüber jeder Variante ambitionierter Gesellschaftspolitik beruht auf soliden Theoremen der Mikro-, Meso- und Makroebene sozialer Phänomene. Es sind dies im Einzelnen (1) die engen Grenzen individueller Informations- und Entscheidungsrationalität (Stichwort *bounded rationality*), (2) die besonderen Ressourcen-, Identitäts- und Strategieprobleme kollektiver Akteure (Stichwort *collective action dilemma*), (3) die Rationalitätsproblematik kollektiver Entscheidungen (Stichwort *social choice*) und schließlich (4) die Unmöglichkeit der Konstruktion einer gleichermaßen inklusiven wie instruktiven Systemrationalität (Stichwort: *Selbstreferenzialität sozialer Systeme*).¹⁴ Theoreme dieses Typs inspirierten Feststellungen zur Inkonsistenz langfristiger

14 Vgl. der Reihe nach: Simon (1976), Olson (1968), Arrow (1963) und Luhmann (1984).

politischer Planung (Kydland/Prescott 1977) und dem begrenzten Möglichkeitshorizont "rationaler Politik" (Elster 1987a).

So unterschiedlich die genannten Theorien auch sein mögen, konvergieren sie doch in Aussagen des Typs 'je ambitionierter der politische Eingriff in gesellschaftliche Prozesse, desto größer die Kluft zwischen intendierten und realisierten Wirkungen'. Stellen die theoretischen Befunde schon reformpolitische Ambitionen in konsolidierten Demokratien grundsätzlich in Frage, so müssen sie angesichts der besonderen Bedingungen der Transition vom Sozialismus als ausgesprochen entmutigend gelten. Immerhin nahmen die Reformstaaten mit dem Umbau ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung ein Vorhaben in Angriff, für das es weder konsistente Pläne noch historische Vorbilder gab. Einem Vergleich mit dem Transformationsprojekt halten weder die Einführung sozialer Sicherungssysteme am Ende des vorigen Jahrhunderts oder die Regimewechsel nach dem Kollaps europäischer Monarchien stand noch die nationalen Kriegswirtschaften des Ersten und des Zweiten Weltkriegs oder die anschließenden Wiederaufbauphasen. Es sind also nicht nur die dem Unmöglichkeitssparadigma zugrunde liegenden Faktoren des Scheiterns in Rechnung zu stellen, sondern auch die kontext- und gegenstandsspezifischen Hindernisse erfolgreicher Transformationen (vgl. oben II).

Die scheinbar solide begründete Reformskepsis wurde von der realen Entwicklung widerlegt. Einerseits konnten die meisten Reformländer unbestrittene Teilerfolge beim Aufbau eines neuen Institutionensystems erzielen. Andererseits existieren reichlich Belege der 'Theorievergessenheit' von Transformationsanalysen, welche die Diskrepanz von Theorie und Wirklichkeit nicht bemerken oder übergehen. Dabei wäre es ausgesprochen sinnvoll herauszufinden, welche der Annahmen, die den skeptischen Prognosen zugrunde liegen, sich als falsch erwiesen haben und welche nicht. Entsprechende Untersuchungen versprechen nicht nur, potenziell kritische Erfolgsvoraussetzungen aufzuhellen, sondern auch, das Wissen über die Möglichkeitsbedingungen einer 'klugen' Reformpolitik (i.S. von *prudent choices*) und die Grenzen komplexer Reformen zu erweitern.

VI

Die theorieorientierte Analyse von Transformationsprozessen ist nicht auf die Geltungsbedingungen des Komplexitäts- und Unmöglichkeitstheorems beschränkt, sondern vermag sich an weiteren theorienahen prognosetauglichen Hypothesen zu orientieren, die in der zweiten Welle der Transformationsforschung ab etwa 1995 Verwendung finden. Es handelt sich dabei v.a. um das Theorem der Pfadabhängigkeit und das Erklärungsschema der *Social-Choice*-Theorie.

Konzepte der *Pfadabhängigkeit* spielen bei der Erklärung von Transformationsresultaten nicht selten eine herausragende Rolle.¹⁵ Sie treten in zwei Varianten auf. In der bescheideneren *soziologischen* Variante genügt die Feststellung von Konti-

15 Vgl. auch Beyer/Wielgohs (i.E.).

nuitäten oder Persistenzen, um den Resultaten eines Geschehens Pfadabhängigkeit zu bescheinigen.¹⁶ Da als Beleg der Kontinuitätshypothese sowohl intendierte als auch nichtintendierte Kontinuitäten zählen, stellt sich das Problem einer trennscharfen Eingrenzung der in Frage stehenden Phänomene. Es ist im Prinzip durch Rekurs auf (reale oder unterstellte) *Entscheidungssituationen* lösbar. Wenn sich Entscheidungssituationen durch kontingente Anschlussentwicklungen auszeichnen, also das weitere Geschehen auch ‘anders’ oder ‘in eine andere Richtungweisend’ möglich schien, lässt sich mit einiger Plausibilität auf das Überwiegen von Faktoren des Beharrens schließen.

Solche Beharrungsmomente mögen entweder auf Risikokalkulationen der Entscheider, bzw. einem komparativen (Informations-)Vorteil des Bestehenden beruhen oder unbewusst aufgrund der Persistenz von kulturellen, weltbildgestützten und/oder der Akteuridentität assoziierten Orientierungsmustern (*cognitive frames*) gegeben sein. Über die funktionale Qualität der als *path dependend* identifizierten Phänomene ist damit noch keine Aussage getroffen. Sie werden zwar häufig als suboptimal eingeschätzt, können aber ebenso gut die besten aller möglichen Alternativen sein. Deshalb findet sich die soziologische Variante von *path dependency* in sehr unterschiedlichen Argumentationen, z.B. konservativer politischer Philosophie und des Neo-Institutionalismus (u.a. March/Olsen 1989). In der Transformationsforschung begegnet sie uns in Feststellungen, welche den Einfluss von Hinterlassenschaften bzw. *legacies of the past* betonen oder auch nur auf den trivialen Sachverhalt ‘*history matters*’ aufmerksam machen (vgl. Crawford/Lijphart 1997).

Die theoretisch anspruchsvollere *ökonomische* Variante hat ein anderes Erklärungsziel. Hier geht es nicht um beliebige Kontinuitäten, sondern um die Persistenz von Phänomenen oder Institutionen, die einen *komparativen Nachteil* aufweisen: Sie wirken suboptimal, d.h. vorhandenen Alternativen an Effizienz unterlegen. Da der Prämissensatz sowohl die Entscheidungsabhängigkeit der Resultate als auch die Geltung des Knappheitsprinzips (ergo einen Lohn für Effizienzmaximierung) vorsieht, ist die Existenz von Institutionen, denen relative Ineffizienz bescheinigt wird, erklärungsbedürftig. Nach dem Modell der rationalen Wahl (hier: von sozialen Normen) hätten derartige Institutionen keinen Bestand, denn ‘rationale’ Akteure müssten bestrebt sein, sie durch maximal effiziente Alternativen zu ersetzen. Sieht man von jenen Institutionen ab, die gerade im Umbau befindlich sind, wären folglich alle existierenden Institutionen als die bestmöglichen Lösungen der zu bearbeitenden Koordinationsprobleme anzusehen. Da das erkennbar nicht der Fall ist, bedarf der Bestand ‘ineffizienter’ Institutionen einer konsistenten Erklärung.

W. Brian Arthur, auf den das Konzept der Pfadabhängigkeit zurückgeht, erklärt ‘ineffiziente’ Institutionen durch eine Ökonomie der (komparativen) Anreize und Opportunitätskosten. Verschafft z.B. eine Technologie ihren Anwendern positive und womöglich zunehmende Erträge (*increasing returns*), so neigen diese dazu, sie auch angesichts ‘besserer’ Alternativen weiterzuverwenden (Arthur 1989). Vergleichsgrundlage sind nicht statische Effizienzen zu einem gegebenen Zeitpunkt,

16 Vgl. Hausner et al. (1995), Stark (1992), Grabher/Stark (1997), Wollmann (1996).

sondern die dynamische Effizienz, die auf unterschiedliche Optimierungspotenziale bzw. globale Maxima (i.S. von Elster 1987b: Kap. I) schließen lässt. Der Übergang zur maximal effizienten Globalalternative unterbleibt nach diesem Erklärungsmodell aufgrund der *Attraktivität sicherer lokaler Gewinne* auf dem einmal eingeschlagenen Weg.¹⁷ Es ist dies der Pfad einer strikt *lokalen* Maximierung, der – wie Paul A. David betont – nicht allein durch lokal rationale Entscheidungen der Akteure, sondern auch durch den Wandel der Gelegenheitsstruktur, z.B. durch “historical accidents” (David 1986: 30), abgesteckt ist. Warum nutzenbewusste Akteure den Pfad der lokalen Maximierung nicht verlassen, um das globale Nutzenmaximum zu realisieren, erklärt Douglass C. North (1991) zum einen mit hohen bzw. unkalkulierbaren Transaktionskosten (zu denen auch der Verlust der bereits getätigten Investitionen zählt) und zum anderen mit dem Koordinationsvorteil eingespielter, d.h. konvergierender kollektiver Orientierungen. Solange sich der sichere Koordinationsvorteil gegenüber der Aussicht auf unsichere Effizienzsteigerungen behauptet, besteht eine relativ enge Bandbreite entscheidungsbasierter und damit institutioneller Entwicklungen (vgl. North 1993: 19).

Eine logische Alternative pfadabhängiger Resultate sind Entscheidungsfolgen, die einen Bruch mit dem Gegebenen indizieren. Diese Möglichkeit ist in Theorien des *social choice* unterstellt. Die zu erklärenden Phänomene sind Resultat der Interaktion mehrerer nutzenkalkulierender Akteure. Die Resultate müssen nicht notwendig von einzelnen Akteuren intendiert sein, sondern mögen u.U. den Intentionen aller Beteiligten zuwiderlaufen. Unterstellt ist ein im Wege des *bargaining* ausgeprägter Verteilungskonflikt zwischen Interessenten mit unterschiedlichen Ressourcen und Gewinnaussichten. Sein Ausgang hängt von der Teilnehmerstruktur, den Präferenzen und strategischen Entscheidungen der beteiligten Kollektivakteure ab. Aufgrund der Möglichkeit, Allianzen zu bilden und ‘Pakete’ aus disparaten Entscheidungsthemen zu schnüren, geht nicht notwendig der stärkste Einzelakteur als Sieger hervor. In einer Studie über die Resultate der Privatisierung wird der *distributional theory* sogar unterstellt, die systematische Benachteiligung der “strongest organized interests” zu implizieren (Allio et al. 1997: 325).¹⁸ Im Unterschied zum Pfadabhängigkeitstheorem kommt den Resultaten distributiver Konflikte weder eine spezifische Qualität (z.B. Pareto-Optimalität) noch ein typischer Begünstigungseffekt zu. Es handelt sich stets um emergente Resultate sozialer Interaktion.

Eine Variante des *Social-Choice*-Ansatzes bilden die als *Public Choice*-Theorie kolportierten Theoreme (vgl. Mueller 1997). Sie teilen die Annahmen des Ersteren über die Präferenzen und Strategien der Akteure, aber konzentrieren sich auf die Aktivitäten der privilegierten Akteure, d.h. der Regierung, der staatlichen Bürokratie und der organisierten Interessengruppen. Den Inhabern solcher privilegierten Entscheidungspositionen wird ein positionales Eigeninteresse unterstellt, das sich in Strategien der Ressourcenvermehrung und des Machterhalts ausdrückt. Den Ent-

17 Diese Gewinne können auf der zunehmenden Rentabilität getätigter Investitionen, auf Lerneffekten oder sinkenden Koordinationskosten dank konvergierender Erwartungen beruhen.

18 Zur Kritik an dieser Auffassung vgl. Knight/North (1997).

scheidungsresultaten lassen sich demnach komparative Positionsvorteile, z.B. der Regierung, ablesen. Das schließt nicht aus, dass auch andere Interessenten am Ergebnis teilhaben, z.B. dann, wenn ihre Berücksichtigung die Steigerung der Verteilungsmasse und damit auch des Gewinns der privilegierten *players* ermöglicht (Olson 1993).

VII

Die gegenstandsspezifischen und die theoriegestützten Problemdiagnosen verweisen auf eine Reihe von Grundproblemen im Transformationsgeschehen. Da zu diesen prägnante Hypothesen vorliegen, kommt die Transformationsforschung nicht umhin nach ebenso präzisen Antworten zu suchen, sofern sie den Verdacht entkräften will, Transformation lediglich als modisches Forschungsthema verfolgt oder sich auf das Selbstverständnis einer theoretisch unambitionierten Regionalforschung beschränkt zu haben. Gewiss nicht alle, aber einige der wichtigeren mit Hypothesen bedachten Grundprobleme sind in diesem Band behandelt. Sie seien hier in fünf Punkten vorgestellt:

(1) Voraussetzungsmängel und hohe Aufgabenkomplexität charakterisieren die Ausgangssituation des Aufbaus demokratischer Entscheidungssysteme. Hinzu kommen das Gewicht 'unpassender' Orientierungen und das Ungleichgewicht der parlamentarischen im Verhältnis zu außerparlamentarischen Institutionen. Können die politischen Systeme der Transformationsgesellschaften unter diesen schwierigen Umständen das notwendige Mindestmaß an kollektiver Entscheidungs- und Steuerungsfähigkeit ausbilden, den Rückfall in ein autoritäres Staatsverständnis vermeiden und Fortschritte auf dem Weg zu einer konsolidierten Demokratie erzielen? Die Antwort fällt positiv aus. Das belegen die Analysen von Timm Beichelt (Kapitel 2).

(2) Das Dilemma der Gleichzeitigkeit verweist auf die Inkompatibilität der Voraussetzungen einer durchgreifenden Demokratisierung einerseits und der Transformation der Wirtschaftsordnung andererseits. Hängt die Konsolidierung der Demokratie wesentlich vom Erscheinungsbild einer prosperierenden Wirtschaft ab, so ist Prosperität doch nur um den Preis einer schmerzhaften Transformation der Unternehmen, der Etablierung einer effizienzförderlichen Eigentumsstruktur (*corporate governance*) und des Rückbaus privilegierter Insiderpositionen erzielbar. Wie können Reformeliten diese schwierige Aufgabe unter Bedingungen des zunehmenden Parteienwettbewerbs und unvermeidlicher Sozialprodukteinbußen bewältigen? Die von Jan Wielgohs vorgenommenen Fallanalysen zeigen, dass es zur Bewältigung der komplexen Aufgabe keinen Königsweg – und wenig Pfadabhängigkeit – gab, sondern mehrere strategische Alternativen (Kapitel 3).

(3) In der Kontroverse 'Schocktherapie versus Gradualismus' stand die Frage nach dem bestmöglichen *Timing* und der optimalen *Sequenzierung* wichtiger Reformmaßnahmen im Vordergrund. Wenngleich die Kontroverse schon bald an Schärfe und Aufmerksamkeit verloren hatte, hinterließ sie doch zwei Fragen von prinzipieller Bedeutung: (i) Gab es tatsächlich einzelne Maßnahmen, deren 'richtige'

Platzierung im Reformkalender erfolgsentscheidend war? Und (ii) wie wertvoll war der Rat, so viele Maßnahmen wie irgend möglich auf einen Schlag durchzuführen? Die von Jürgen Beyer angestellten Zeitreihenanalysen geben unzweideutige Antworten, in deren Licht allerdings weder ‘Gradualisten’ noch ‘Schocktherapeuten’ als klare Gewinner erscheinen (Kapitel 4).

(4) Die erfolgreiche Entwicklung mehrerer Transformationswirtschaften, die sich an der raschen Durchquerung des ‘Tals der Tränen’ ablesen lässt, wirft u.a. die Frage auf, welchen Entscheidungen der Reformpolitik eine relativ günstige Wirtschaftsentwicklung zuzuschreiben ist. Verdankt sie sich einer linearen Übertragung der anderenorts bewährten *policies* oder der selbständigen Einschätzung dessen, was unter Bedingungen globalwirtschaftlicher Konkurrenz und der bevorstehenden EU-Integration geboten ist? Diese Frage wird von Jürgen Beyer am Beispiel ausländischer Direktinvestitionen untersucht. Ergebnis seiner vergleichenden Analysen ist, dass die allgemeinen Transformations- und Konsolidierungsfortschritte von deutlich größerem Einfluss waren als gezielte Anreizprogramme und Vorzugsbedingungen (Kapitel 5).

(5) Die Transformation der sozialistischen Staatswirtschaft zu einer auf dezentralen Entscheidungen beruhenden Marktwirtschaft ist auch ein Problem der Akteurkonstitution. Sie bedarf einer wachsenden Zahl selbständiger Unternehmer, welche die ‘lokalen’ Gelegenheiten wirtschaftlichen Handelns zu nutzen und der Entsagung von kurzfristigen Konsumchancen einen Sinn beizulegen verstehen. Fast alle Reformregierungen haben erkannt, dass allein privatisierte Staatsunternehmen und ausländische Investoren noch keine prosperierende Volkswirtschaft ausmachen. Deshalb bemühten sich die Regierungen auf verschiedene Weise, das einheimische Unternehmertum und speziell die Entwicklung von Klein- und mittelgroßen Unternehmen zu fördern: zum einen durch weitgehende Reformen der Besteuerung und ‘gründungsfreundliche’ Steuerentlastungen, zum anderen auf den Wegen der beratungs- und infrastrukturbezogenen Wirtschaftsförderung. Davon berichten die im Anhang abgedruckten Reports von Andrea Beyer (Anhang 1) und Peggy Thode (Anhang 2).

Die in diesem Band präsentierten Befunde entstammen der dritten Generation der Transformationsforschung. Waren die Projekte der ersten Generation vor allem der Beobachtung und Deskription einzelner Transformationsphänomene gewidmet, so beschäftigt sich die zweite Generation – seit Mitte der neunziger Jahre – mit Analysen im Lichte der disziplinär bewährten Theorien. Dabei verlieren die Transformationsprozesse den falschen Schein, der Ort von Phänomenen *sui generis* zu sein. Sie werden nun vielmehr als prinzipiell vergleichsfähige Gegenstände der *normal science* verstanden. Die dritte Generation der Transformationsforschung setzt den Pfad systematisch vergleichender Forschungen im Horizont erweiterter Fragestellungen fort: Sie sieht sich einerseits von der Gleichzeitigkeit der Transformationsverläufe und der Ähnlichkeit der Transformationsprobleme zum *systematischen Theorienvergleich* herausgefordert; andererseits erscheinen ihr die Phänomene mit wachsendem Abstand zum Sozialismus mehr und mehr als *Varianten der Reaktion auf generelle Herausforderungen*, die sich einer anspruchsvollen Reform-

politik stellen – innerhalb wie außerhalb des postsozialistischen Kontextes. Der zuletzt genannten Forschungslinie ordnen sich die Autoren dieses Bandes zu. Im Zentrum stehen – mit unterschiedlichem Gegenstands- und Methodenbezug – die Struktur von Entscheidungsgelegenheiten und Optionensets, welche die Bedingungen der Möglichkeit ambitionierter politischer Gestaltungsprojekte konstituieren. Ohne die systematische Rekonstruktion von Schlüsselsequenzen des politischen Entscheidens, einerseits bestimmt durch identifizierbare *Gelegenheiten*, andererseits durch die Fähigkeit zu *prudent choices* im gegebenen Optionenset, blieben wesentliche Momente der gelungenen Abkehr vom Sozialismus unverstanden.

Literatur

- Albach, Horst (Hg.), 1993: Zerrissene Netze. Eine Netzwerkanalyse des ostdeutschen Transformationsprozesses. Berlin: ed. sigma.
- Alesina, Alberto/ Cohen, Gerald D./ Roubini, Nouriel, 1993: Electoral Business Cycle in Industrial Democracies. *European Journal of Political Economy* 9 (1), 1-23.
- Allio, Lorene/ Dobek, Mariusz Mark/ Mikhaïlkov, Nikolai/ Weimer, David L., 1997: Post-communist Privatization as a Test of Theories of Institutional Change. In: Weimer, David L. (Hg.): *The Political Economy of Property Rights*. Cambridge, MA: Cambridge University Press, 319-348.
- Anders, Rainer-Elk, 1999: Central and Eastern Europe on the Eve of Globalization. Prospects for Integration. In: Sevic, Zeljko/ Wright, Glendal (Hg.): *Economic Transition in Central and Eastern Europe*. Belgrade: YASF, Student Cultural Centre, Volume I, 588-599.
- Armijo, Leslie Elliott/ Biersteker, Thomas J./ Lowenthal, Abraham F., 1995: The Problems of Simultaneous Transitions. In: Diamond, Larry/ Plattner, Marc F. (Hg.): *Economic Reform and Democracy*. Baltimore: The John Hopkins University Press, 226-240.
- Arrow, Kenneth J., 1963: *Social Choice and Individual Values*. New Haven: Yale University Press.
- Arthur, W. Brian, 1989: Competing Technologies, Increasing Returns, and Lock-in by Historical Events. *Economic Journal* 99, 116-131.
- Bauman, Zygmunt, 1994: After the Patronage State: A Model in Search of Class Interests. In: Bryant, Christopher G.A./ Mokrzycki, Edmund (Hg.): *The New Great Transformation?* London: Routledge, 14-35.
- Best, Heinrich/ Becker, Ulrike (eds.), 1997: *Elites in Transition*. Elite Research in Central and Eastern Europe. Opladen: Leske + Budrich.
- Beyer, Jürgen, 1999: Integration und Transformation: Das Divergenz-Paradoxon des Eintrittswettbewerbs. *Politische Vierteljahresschrift* 40 (4), 537-564.
- Beyer, Jürgen/ Wielgohs, Jan, i.E.: Postsozialistische Unternehmensprivatisierung und die Anwendungsgrenzen für Pfadabhängigkeitstheorien. In: Dittrich, Eckhard (Hg.): *Transformationen*. Würzburg: Ergon Verlag.
- Beyme, Klaus von, 1994: *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brada, Josef C./ Schönfeld, Roland/ Slay, Ben, 1995: The Role of International Financial Institutions in Central and Eastern Europe. *Journal of Comparative Economics* 20 (1), 49-56.
- Cohen, Michael D./ March, James G./ Olsen, Johan P., 1972: A Garbage Can Model of Organizational Choice. *Administrative Science Quarterly* 17, 1-25.
- Comisso, Ellen, 1997a: Is the Glass Half Full or Half Empty? Reflections on Five Years of Competitive Politics in Eastern Europe. *Communist and Post-Communist Studies* 30 (1), 1-21.
- Comisso, Ellen, 1997b: Legacies of the Past or New Institutions: The Struggle over Restitution in Hungary. In: Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend (Hg.): *Liberalization and Leninist Legacies*. Berkeley, CA: University of California Press, 184-227.

- Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend, 1997: Old Legacies, New Institutions: Explaining Political and Economic Trajectories in Post-Communist Regimes. In: Crawford, Beverly/ Lijphart, Arend (Hg.): *Liberalization and Leninist Legacies*. Berkeley, CA: University of California Press, 1-39.
- Crozier, Michel J./ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji, 1975: *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- David, A. Paul, 1986: Understanding the Economics of QUERTY. The Necessity of History. In: Parker, William N. (Hg.): *Economic History and the Modern Economist*. Oxford: Basil Blackwell, 30-49.
- Desai, Padma (ed.), 1997: *Going Global. Transition from Plan to Market in the World Economy*. Cambridge: MIT Press.
- Diermeier, Daniel/ Ericson, Joel M./ Frye, Timothy/ Lewis, Stephen, 1997: Credible Commitment and Property Rights: The Role of Strategic Interaction between Political and Economic Actors. In: Weimer, David L. (Hg.): *The Political Economy of Property Rights*. Cambridge, MA: Cambridge University Press, 20-42.
- Ekiert, Grzegorz, 1992: Peculiarities of Post-communist Politics: The Case of Poland. *Studies in Comparative Communism* 25 (4), 341-361.
- Ekiert, Grzegorz, 1999: Ten Years After: An Optimistic View. *East European Politics and Societies* 13 (2), 278-284.
- Elster, Jon, 1981: *Logik und Gesellschaft. Widersprüche und mögliche Welten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Elster, Jon, 1987a: The Possibility of Rational Politics. *Archives Européennes de Sociologie* 28 (1), 67-103.
- Elster, Jon, 1987b: *Subversion der Rationalität*. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Elster, Jon, 1990: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: Ploszajski, Piotr (Hg.): *Philosophy of Social Choice*. Warsaw: IFiS Publishers, 309-316.
- Elster, Jon/ Offe, Claus/ Preuss, Ulrich K., 1998: *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esty, Daniel C., 1997: Environmental Protection during the Transition to a Market Economy. In: Woo, Wing Thy/ Parker, Stephen/ Sachs, Jeffrey D. (Hg.): *Economics in Transition*. Cambridge, MA: MIT Press, 357-386.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society*. London, New York: Free Press.
- Friedrich, Carl Joachim, 1963: *Man and his Government. An Empirical Theory of Politics*. New York: McGraw-Hill.
- Geddes, Barbara, 1995: A Comparative Perspective on The Leninist Legacy in Eastern Europe. *Comparative Political Studies* 28 (2), 239-274.
- Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus, 1991: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch. In: Giesen, Bernd/ Leggewie, Claus (Hg.): *Experiment Vereinigung*. Berlin: Rotbuch, 7-18.
- Göhler, Gerhard, 1997: Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation. In: Göhler, Gerhard (Hg.): *Institutionen – Macht – Repräsentation*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 11-62.
- Götting, Ulrike, 1998: *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz*. Opladen: Leske + Budrich.
- Grabher, Gernot/ Stark, David (eds.), 1997: *Restructuring networks in post-socialism. Legacies, linkages and localities*. Oxford: Oxford University Press.
- Graham, Carol, 1997: Strategies for Addressing the Social Costs of Market Reforms: Lessons from Transition Economies in East Asia and Eastern Europe. In: Woo, Wing Thy/ Parker, Stephen/ Sachs, Jeffrey D. (Hg.): *Economies in Transition*. Cambridge, MA: MIT Press, 325-355.
- Hausner, Jerzy/ Jessop, Bob/ Nielsen, Klaus (eds.), 1995: *Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism. Institutional Dynamics in the Transformation Process*. Brookfield: Edward Elgar.
- Hennis, W./ Graf Kielmansegg, P./ Matz, U. (Hg.), 1977: *Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung*. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Holmes, Stephen, 1995: Conceptions of Democracy in the Draft Constitutions of Post-Communist Countries. In: Crawford, Beverly (Hg.): *Markets, States, and Democracy*. Boulder, CO: Westview Press, 71-81.
- Knight, Jack/ North, Douglass C., 1997: Explaining the Complexity of Institutional Change. In: Weimer, David L. (Hg.): *The Political Economy of Property Rights*. Cambridge, MA: Cambridge University Press, 349- 354.
- Kydland, Finn E./ Prescott, Edward C., 1977: Rules rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans. *Journal of Political Economy* 85 (3), 473-491.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through. *Public Administration Review* 19 (Spring), 79-88.
- Luhmann, Niklas, 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. Wien Olzog.
- Luhmann, Niklas, 1984: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1989: Politische Steuerung: Ein Diskussionsbeitrag. *Politische Vierteljahresschrift* 30 (1), 4-9.
- March, James G./ Olsen, Johan P., 1976: *Ambiguity and Choice in Organizations*. Bergen: Universitetsforlaget.
- March, James G./ Olsen, Johan P., 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*. New York: Free Press.
- Melich, Jiri S., 1997: 'The Post-Communist Mind': Socio-Psychological and Cultural Aspects of the Communist Legacy and the Transformation Processes in Eastern Europe. In: Sevic, Zeljko/ Wright, Glendal (Hg.): *Transition in Central and Eastern Europe II*. Belgrad: YASF Student Cultural Centre, 20-41.
- Mueller, Dennis C. (ed.), 1997: *Perspectives on Public Choice. A Handbook*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Müller, Klaus, 1998: Postsozialistische Krisen. In: Müller, Klaus (Hg.): *Postsozialistische Krisen*. Opladen: Leske + Budrich, 177-249.
- Murrell, Peter, 1993: Evolutionary and Radical Approaches to Economic Reform. In: Poznanski, Kazimierz Z. (Hg.): *Stabilization and Privatization in Poland*. Boston, MA: Kluwer, 215-231.
- North, Douglass C., 1991: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge, MA.: Cambridge University Press.
- North, Douglass C., 1993: Institutions and Credible Commitment. *Journal of Institutional and Theoretical Economics (JITE)* 149 (1), 11-23.
- Nuti, Domenico Mario, 1999: Comparative Economics after the Transition. *Economic Systems* 23 (2), 155-159.
- Offe, Claus, 1986: Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien. In: Berger, J. (Hg.): *Die Moderne*. Göttingen: Schwartz, 97-117.
- Offe, Claus, 1991a: Die deutsche Vereinigung als 'natürliches Experiment'. In: Giesen, B./ Leggewie, C. (Hg.): *Experiment Vereinigung*. Berlin: Rotbuch, 77-86.
- Offe, Claus, 1991b: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. *Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa*. *Merkur* 45 (4), 279-292.
- Offe, Claus, 1992: Coming to Terms with Past Injustices. *Archives Européennes de Sociologie* 33 (1), 195-201.
- Offe, Claus, 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*. Frankfurt/M.: Campus Verlag.
- Offe, Claus, 1995: Designing Institutions for East European Transitions. In: Hausner, Jerzy/ Jessop, Bob/ Nielsen, Klaus (Hg.): *Strategic Choice and Path-Dependency in Post-Socialism*. Brookfield: Edward Elgar, 47-65.
- Olson, Mancur jr., 1968: *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen: Mohr.
- Olson, Mancur jr., 1993: From Communism to Market Democracy: Why is Economic Performance Even Worse after Communism Is Abandoned? In: Siebert, Horst (Hg.): *Overcoming the Transformation Crisis*. Tübingen: J.C.B. Mohr, 3-31.
- Parsons, Talcott, 1964: Evolutionary Universals in Society. *American Sociological Review* 19, 339-357.
- Pickel, Andreas/ Wiesenthal, Helmut, 1997: *The Grand Experiment. Debating Shock Therapy, Transition Theory, and the East German Experience*. Boulder, CO: Westview Press.

- Popper, Karl R., 1972: *The Poverty of Historicism*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Pressman, Jeffrey L./ Wildavsky, Aaron, 1979: *Implementation. How Great Expectations in Washington Are Dashed in Oakland*. 2nd ed., Berkeley, CA: University of California Press.
- Pusic, Vesna, 1993: Intellectual Trends, Institutional Changes and Scholarly Needs in Eastern Europe. *East European Politics and Societies* 7 (1), 1-13.
- Putnam, Robert D., 1993: *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Rode, Reinhard (Hg.), 1998: *Die Integration Mittelosteuropas in die Weltwirtschaft*. Amsterdam: G+B Verlag Facultas.
- Roggemann, Herwig, 1998: Gerichtsverfassung und Rechtsschutz in Mittel- und Osteuropa – Entwicklungen und Probleme. *Recht in Ost und West* 42 (8), 301-312.
- Roland, Gérard, 1997: Political Constraints and the Transition Experience. In: Zecchini, Salvatore (Hg.): *Lessons from the Economic Transition*. Dordrecht: Kluwer, 169-187.
- Rostow, Walt W., 1967: *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*. Göttingen.
- Rostowski, Jacek, 1998: *Macroeconomic Instability in Post-Communist Countries*. Oxford: Oxford University Press.
- Sachs, Jeffrey D., 1989: My Plan for Poland. *International Economy* 3 (Dec.), 24-29.
- Sachs, Jeffrey D., 1991: Crossing the Valley of Tears in East European Reform. *Challenge* 34 (5), 26-34.
- Simon, Herbert A., 1976: From Substantive to Procedural Rationality. In: Latsis, S.J. (Hg.): *Method and Appraisal in Economics*. Cambridge, MA: Cambridge University Press, 129-148.
- Stark, David, 1992: Path Dependence and Privatization Strategies in East Central Europe. *East European Politics and Societies* 6 (1), 17-54.
- Stone, Randall W., 1999: *Credible Adjustment: A Time-Series Cross-Sectional Approach to IMF Programs for Post-Communist Countries*. Paper prepared for delivery at the 95th Annual Conference of the American Political Science Association, September 1-5, 1999, Atlanta, GA.
- Sztompka, Piotr, 1993: Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies. *Zeitschrift für Soziologie* 22 (2), 85-95.
- Tetlock, Philip E./ Belkin, Aaron, 1996: *Counterfactual Thought Experiments in World Politics. Logical, Methodological, and Psychological Perspectives*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Wiesenthal, Helmut, 1996: Organized Interests in Contemporary East Central Europe: Theoretical Perspectives and Tentative Hypotheses. In: Ágh, Attila/ Ilonszki, Gabriella (Hg.): *Parliaments and Organized Interests*. Budapest: Hungarian Centre for Democracy Studies, 40-58.
- Wiesenthal, Helmut, 1997: Transformationssteuerung als politisches Projekt. In: Eggeling, Tatjana/ van Meurs, Wim/ Sundhaussen, Holm (Hg.): *Umbruch zur 'Moderne'?* Frankfurt a. M.: Peter Lang, 211-229.
- Wiesenthal, Helmut, 1999a: *Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Wiesenthal, Helmut, 1999b: Interessenverbände in Ostmitteleuropa. Startbedingungen und Entwicklungsprobleme. In: Merkel, Wolfgang/ Sandschneider, Eberhard (Hg.): *Systemwechsel* 4. Opladen: Leske & Budrich, 83-113.
- Wiesenthal, Helmut, 1999c: Transformationsprozesse als Paradigmatheorie. Zum sozialwissenschaftlichen Ertrag des Institutionenwandels in Osteuropa. *Sociologia Internationalis* 37 (1), 67-89.
- Wollmann, Hellmut, 1996: Institutionenbildung in Ostdeutschland: Rezeption, Eigenentwicklung oder Innovation. In: Eisen, Andreas/ Wollmann, Hellmut (Hg.): *Institutionenbildung in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich, 79-114.